WP-4-828-2 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Lukas Harkotte (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 828 bis 829:
Wir ~~Grüne~~Bündnisgrüne setzen uns weiterhin sowohl im Land Berlin als auch im Bundesrat dafür ein, dass Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, unabhängig von ihrer

Von Zeile 831 bis 835:
Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) und perspektivisch auch an Bundestagswahlen teilnehmen können. Wir werden ~~die Einrichtung von~~ Kinder- und Jugendparlamente~~n~~ in allen Berliner Bezirken ~~ermöglichen~~sowie auf Landesebene einrichten und ihnen Rede- und Antragsrecht in den BVVen beziehungsweise dem Abgeordnetenhaus und deren Ausschüssen geben, damit Kinder und Jugendliche an der Gestaltung ihres Bezirks und ihrer Stadt mitwirken können. Darüber hinaus werden wir die Kinder- und Jugendparlamente mit eigenen, selbst verwalteten Budgets ausstatten. Bei Anträgen, die Kinder und Jugendliche betreffen, müssen die Kinder- und Jugendparlamente in Zukunft angehört werden. Damit nicht nur Kinder und Jugendliche aus privilegierten Haushalten Teil der Parlamente werden können, werden wir die Mitglieder mit 1% der Abgeordnetendiäten für ihren Aufwand entschädigen.

Begründung

Dieser Antrag wurde von der GJ Tempelhof-Schöneberg am 08.01. beschlossen. Ich konnte keine Regelung zum Antragsrecht von GJ Kreisverbänden finden, deswegen bringen wir den Antrag über den Weg der natürlichen Personen ein.

Wenn man Beteiligung von jungen Personen ernst meint, muss man nicht nur die Einrichtung von Beteiligungsgremien ermöglichen, sondern sie wirklich einrichten und mit ausreichend Mitteln ausstatten, damit sie ihre Arbeit erfüllen können. Die bislang existierenden Parlamente sind leider häufig kaum mehr als ein Aushängeschild, da es keine Verpflichtung der Beteiligung gibt. Wir fordern, dass bei für junge Menschen relevanten Themen mindestens das Gremium gehört werden muss, welches als Vertreter*in der jungen Menschen auftritt.

Wir brauchen Jugendvertretungen nicht nur auf Bezirksebene, sondern auch auf Landesebene. Gerade, weil das für Jugendliche so relevante Thema Bildungspolitik Landessache ist. Wir können uns zum Beispiel ein Gremium ähnlich des Bundesrats vorstellen, in welches jedes Kinder- und Jugendparlament aus den Bezirken eine*e Deligierte*n nominiert.

Kinder und Jugendliche müssen sich häufig ihr Taschengeld aufbessern oder komplett selbst verdienen. Wenn man die knappe Freizeit in das politische Engagement stecken möchte, kann man nicht noch nebenbei in einem Schüler*innenjob arbeiten. Deswegen ist es nötig, die investierte Zeit auch zu vergüten. Dabei schlagen wir in Anlehnung an die Vergütung der Bezirksverordneten einen prozentualen Anteil von 1% der Diät eine*r Abgeordnete*n vor.

Unterstützer*innen

Anton Wächter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sarah Wuchner (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Friederike Freund (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Charlotte Kreft (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)